Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 123 (1997)
Heft: 18

Artikel: Endlich Hilfe für die Grossbanken
Autor: Liebi, Erich / Biedermann, Christoph
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-603183

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bild: Christoph Biedermann

Endlich Hilfe für die Grossbanken

Von Erich Liebi

Nachdem Altnationalrat Rudolf Früh, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, anlässlich des Gewerbetages am 11. September in Lausanne die Kreditpolitik der Grossbanken gegenüber den Klein- und Mittelbetrieben KMU scharf kritisierte, hat der Bundesrat ungewöhnlich rasch reagiert und Hilfe für die angegriffenen Banken in Aussicht gestellt. Kernpunkt eines Massnahmenpakets, worüber das Parlament sofort zu befinden hat, ist die Einführung einer Kreditrisikogarantie zugunsten der Grossbanken.

Unter dem Trommelfeuer, dem die Schweizer Grossbanken zum Thema Nazigold und nachrichtenlose Vermögen ausgesetzt sind, ist fast in Vergessenheit geraten, dass sie an einer weiteren Front hart zu kämpfen haben. Die Rede ist von der Bewertung ihrer Kreditwürdigkeit oder Bonität, wie es im Fachjargon heisst. Internationale Agenturen wie Standard & Poor's (S&P) nehmen die Banken genau unter die Lupe und verteilen Noten. Während vieler Jahre war es selbstverständlich, dass alle drei Schweizer Grossbanken die seltene Bestnote «AAA» erhielten. Dem ist nicht mehr so. Als letzte der drei grossen wurde Anfang dieses Jahres bekanntlich auch die SBG, jetzt UBS, zurückgestuft. Die Begründung durch S&P hatte aufhorchen lassen: «Verschlechterung der Schuldnerqualität auf dem Heimmarkt». Das heisst konkret, vor allem die kleinen und mittleren Schweizer Betriebe sind schlechtere Schuldner geworden – ein doppeltes Risiko für die Banken. Sie verlieren nicht nur Geld, sie werden auch noch mit schlechteren Noten und Imageverlust bestraft.

Für die Grossbanken ist das sogenannte «Rating» keine Formsache. Ihre Kreditwürdigkeit bei der Beschaffung von Fremdkapital wird danach beurteilt. Vereinfacht heisst das: Je schlechter die Note, desto höher der Zinssatz, den die Banken bezahlen müssen, wenn sie Kredit aufnehmen. Ausserdem leidet das Ansehen des Finanzplatzes Schweiz ganz allgemein, wenn unsere führenden Institute keine Musterschüler mehr sind.

Für die Landesregierung und insbesondere für Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, war deshalb das Dossier «Banken» bereits im Frühling in die höchste Dringlichkeitsstufe versetzt worden. Zusammen mit Bankleuten entwickelte das EVD ein Konzept zur Verbesserung der inländischen Schuldnerqualität. Der Terminplan sah eine Botschaft an die eidgenössischen Räte im nächsten Frühjahr vor.

Schuldner an den Pranger

Als aber der EVD-Chef am 11. September in Lausanne am Jahreskongress des Gewerbeverbandes beiwohnte, traute er seinen Ohren nicht: Aus dem Referat von Verbandspräsident Früh musste er entnehmen, dass unsere Gewerbler in keiner Weise bereit sind, sich zu bessern, also weniger Kredite zu verlangen, und für die bestehenden risikogerechten, also höheren Zinsen zu zahlen, im Gegenteil.

Delamuraz schlug sofort Alarm. In einer Sondersitzung beschloss der Gesamtbundesrat am vergangenen Montag die Einführung einer Kreditrisikogarantie KRG zugunsten der Grossbanken noch in dieser Herbstsession vorzulegen. Wie im EVD zu erfahren war, befürchtet man das Schlimmste für die Banken, wenn das renitente Verhalten des Gewerbes den Ratingagenturen wie S&P «unweigerlich zu Ohren kommen muss».

Die KRG ist mit der Exportrisikogarantie vergleichbar und funktioniert wie eine Versicherung. Die Banken können ihre Kredite an die einheimische Kundschaft für eine kleine Prämie beim Bund versichern. Macht ein Gläubiger Konkurs, zahlt die KRG den Kredit zurück und die Bank bleibt ohne Schaden.

Als Gegenleistung haben sich die Grossbanken verpflichtet, ihrerseits ein Ratingsystem für die Bonität der Schuldner auf dem Heimmarkt einzuführen. Die Kreditkunden werden nach einer Reihe geheimer Kriterien bewertet. Je nach Note steigt oder sinkt dann der Zinsfuss. Wie wir inoffiziell erfuhren, hat die UBS dieses Notensystem unter dem Titel «individuelle Gestaltung der Konditionen» still und leise bereits eingeführt. Mit dem Inkrafttreten der Kreditrisikogarantie auf den 1. Januar 1998 sind alle Bankfirmen verpflichtet, vierteljährlich ihre Kundenratings zu veröffentlichen.

Das wirke auf die Schuldnermoral des Gewerbes erzieherisch, hiess es dazu im EVD, und werde zusammen mit der KRG rasch dazu beitragen, das Ansehen unserer Grossbanken zu bessern. Damit sei allen geholfen.